

Das Kreuz mit der Aufnahmeprüfung



Mag. Wolfgang Türtscher
ÖAAB Vorarlberg

Im Herbst 1971 war es eine der ersten Maßnahmen des österreichischen Parlaments, in dem die SPÖ bei den vorgezogenen Nationalratswahlen am 10. Oktober 1971 erstmals die absolute Mandatsmehrheit erzielen konnte, die Aufnahmeprüfung in die Gymnasien abzuschaffen. Das erfolgte damals vollkommen überraschend – und zum allgemeinen Unverständnis. Ich kann mich erinnern – ich besuchte damals die 6. Klasse des Bundesgymnasiums Feldkirch: Schüler, Eltern und Lehrer hatten für diese Maßnahme kein Verständnis, da die Aufnahmeprüfung vollkommen außer Streit war. Aber – die SPÖ des Jahres 1971 dachte durchaus langfristig ideologisch: Für die Einführung einer Gesamtschule war es natürlich eine Voraussetzung, die Zulassung zum Gymnasium einfacher zu gestalten, die Auswirkungen sehen wir heute, wo teilweise sogar bürgerliche Politiker ernsthaft der Meinung sind, „eine späte Trennung mit 14 Jahren statt mit 10 Jahren sei ein Vorteil“, wie es

etwa im Programm der schwarzgrünen Vorarlberger Landesregierung vom 2014 steht! „Eine spätere Bildungswegentscheidung wäre für die Kinder von Vorteil und würde die Volksschulen deutlich entlasten. Auf dieser Grundlage entwickelt die Landesregierung nach Abschluss des Forschungsprojektes ab Mai 2015 einen Vorschlag für einen regionalen Schulversuch „Gemeinsame Schule“ und ersucht die Bundesregierung, diesen zu ermöglichen“, heißt es dort; eine Behauptung, die sich weder wissenschaftlich noch aus der Praxis begründen lässt.

In allen bürgerlichen Bildungsprogrammen seit 1971 ist immer wieder die Forderung zu lesen, den Zugang zum Gymnasium durch ein eigenes Aufnahmeverfahren gerechter und zuverlässiger zu gestalten. Allerdings muss bemerkt werden, dass sich die negativen Folgen dieser Maßnahmen erst ca. 20 Jahre später zeigten. In den ersten Jahren funktionierte das Kriterium Volksschulnote als Zugangsvoraussetzung zum Gymnasium noch. Alle diesbezüglichen Forderungen scheiterten am Veto der Sozialdemokraten, später auch der Grünen. Während der schwarzblauen Ära 2000 – 2007 wurden keine diesbezüglichen Initiativen gesetzt, obwohl die politischen Mehrheiten vorhanden gewe-

sen wären. Es hat sich herausgestellt, dass die „Gehirnwäsche“ Wirkung gezeigt hat: Das, was für uns im Sport und in der Musik selbstverständlich ist, dass es einen Wettbewerb gibt, dass Hundertstelsekunden über Sieg oder Niederlage entscheiden, lehnt eine Mehrheit in Österreich im Bereich Bildung ab: „Es darf doch nicht eine punktuelle Prüfung über das weitere Schicksal des Kindes entscheiden“, heißt es weinerlich von denen, die nichts dabei finden, dass eine punktuelle Prüfung darüber entscheidet, ob jemand Arzt werden darf oder nicht!

Eine neue Situation entstand im März 2015 in Dornbirn, als 40 Schüler, die an sich gymnasialreif gewesen wären, aus Platzgründen nicht in eines der beiden Dornbirner Gymnasien aufgenommen werden konnten. Die beiden Direktoren Reinhard Sepp (BRG/BORG Dornbirn-Schoren) und Markus Germann (BG Dornbirn) forderten bessere Aufnahmekriterien² „Die Direktoren wünschen sich deshalb mehr Unterlagen aus der Volksschule. Es brauche neue Übertrittsmodalitäten. Die standardisierten Überprüfungen, die teilweise bereits jetzt in den Volksschulen stattfinden, sollen ausgeweitet werden, um mehr Informationen über die Schüler zu bekommen. Dir. Markus Germann sieht darin nur Vorteile, denn so könnte auch der Notendruck, der von Eltern auf die Volksschullehrer ausgeübt wird, weniger werden,“ verlangte etwa Dir. Markus Germann vom Gymnasium Dornbirn.

Es war das nicht das erste Mal, dass Direktoren einen verbesserten Aufnahmemodus verlangen, neu war aber, dass der Landeschulrat für Vorarlberg den Ball aufnahm und eine Expertenkommission einsetzte, die eine Verbesserung der Aufnahme ins Gymnasium erarbeiten sollte. Gleichzeitig kündigte auch der Landeschulrat für Tirol an, ein verbessertes Aufnahmeverfahren anzustreben. Bemerkenswert dabei ist, dass sowohl die Vorarlberger Bildungslandesrätin Bernadette Mennel als auch ihre Tiroler Kollegin LR Beate Palfrader, beide ÖVP, entgegen der Linie der Bundes-ÖVP Präferenzen für eine „gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen“ erkennen lassen. Dass sie gleichzeitig nichts dabei finden,



g ins Gymnasium

das Aufnahmeverfahren ins Gymnasium zu verbessern, ist bemerkenswert. Rotgrün verlangten ja reflexartig die Einführung der Gesamtschule, dann „würden sich alle Probleme von selbst lösen.“

Die siebenköpfige Vorarlberger Arbeitsgruppe setzt sich aus Direktoren und Inspektoren zusammen. Sie soll bis Juni 2015 konkrete Vorschläge erarbeiten.

Die gesetzlichen Möglichkeiten zur Einführung einer echten Aufnahmeprüfung sind beschränkt. Eine intensivere Zusammenarbeit von Volksschule und Gymnasium im Sinne eines besseren Datenaustauschs könnte das Aufnahmeverfahren schon deutlich verbessern. Voraussetzung dafür ist allerdings, wie der Vorarlberger ÖVP-Klubobmann Roland Frühstück am 5. Mai 2015 verlangte: „Kurzfristig nutzen nur faire Zeugnisse. Aus meiner Sicht muss es allerdings unser Anspruch sein, dass alle Kinder in der 4. Klasse Volksschule ihren Leistungen und Potenzialen

entsprechend benotet werden. Alles andere ist ein Armutszeugnis.“³

Diese „Mahnung an die Schulbehörde“, wie sie selten von einem Politiker in dieser Deutlichkeit ausgesprochen worden ist, nahm der LSR für Vorarlberg zum Anlass, am 18. Mai 2015 der Arbeitsgruppe ein neues Ziel vorzugeben. In der Person der Landesschulinspektorin für die Pflichtschulen, Karin Engstler, wurde festgestellt: „In erster Linie gehe es um die Qualität der Noten, Fachwissen müsse in den Vordergrund rücken und auch die Notenwahrheit.“⁴ Diese einfache Mitteilung kann man durchaus als Sensation werten: Da bestätigt die höchste Schulaufsichtsbeamtin der Vorarlberger Pflichtschulen, dass die Notenwahrheit an den Volksschulen nicht gegeben ist. Das muss man ihr hoch anrechnen!

Vorarlberg könnte eine Vorreiterrolle spielen. Wenn sich alle Beteiligten in den Volksschulen, Mittelschulen und Gymnasien

Zum Autor:

Mag. Wolfgang Türtscher, Jahrgang 1956, ist seit 1984 AHS-Professor für Deutsch, Geschichte und Ethik am BG Bregenz-Blumenstraße und war von 1986 bis 2014 Geschäftsführer bzw. Direktor der VHS Bregenz. Seit 1990 ist er Obmann der VHS Götzis, seit 1995 Bildungsreferent des ÖAAB Vorarlberg und von 2001 – 2004 und wieder seit 2011 Obmann der ÖAAB-Lehrer Vorarlbergs.

einig sind, dass es hier zu einer Verbesserung kommen muss, kann das gelingen. Dazu muss es aber auch die Bereitschaft geben, den Zugang zum Gymnasium gerechter zu gestalten. Das heißt aber in der Praxis, dass es weniger Schüler sein werden, die für gymnasialreif erklärt werden!

¹ Vorarlberg gemeinsam gestalten, 7.10.2014, Arbeitsprogramm 2014-19, S. 10, <http://cdn1.vol.at/2014/10/Arbeitsprogramm-2014-2019.pdf>

² ORF-Vorarlberg, <http://vorarlberg.orf.at/news/stories/2698978/>, 10.3.2015

³ Presseausendung ÖVP-KO Roland Frühstück, Pressedienst der ÖVP Vorarlberg, 5.5.15

⁴ ORF-Vorarlberg, <http://vorarlberg.orf.at/news/stories/2711370/>, 18.5.15

OBERÖSTERREICH TUT MEHR.



OÖ SCHULE INNOVATIV

DAS ERFOLGREICHE OÖ. SCHULMODELL BIETET:

- Stärkenorientierte Pädagogik
- Standortbezogene Schulentwicklung
- Gelebte Schulpartnerschaft

bezahlte Anzeige



www.ooe-schule-innovativ.at



Eine Initiative der Bildungslandesrätin
www.bildungslandesraetin.at